

beträgt für die sechsgepaltenen
Festzelle 40 Pfg.; kleine An-
zeigen für Mitglieder 30 Pfg.;
bei Wiederholungen Rabatt;
für die Mitglieder des Gewerbe-
vereins für Haffan werden 10
Prozent Sonder-Rabatt gewährt

Hermann Rauch, Wiesbaden, Friedrichstr. 30, Telefon 636

Im Petersburger liegen . . . 183 127 — 19

Der Zentralvorstand
des Gewerbevereins für Nassau.

Die Schülerzahl hat sich gegenüber dem Vorjahr wieder etwas gehoben, hat aber den Stand der Friedenszeit noch nicht erreicht, insbesondere sind die Schulen der ländlichen Bezirke in der Schülerzahl gegenüber der Friedenszeit sehr zurückgegangen durch die Abwanderung der jungen Leute im fortbildungsschulpflichtigen Alter in die Industriebezirke. Die Zunahme der Schülerzahl trifft der Hauptsache nach wiederum die ungelernten Arbeiter, die mit 31,2 v. H. in derselben vertreten sind. Gegenüber dem Vorjahr hat eine Zunahme der Ungelernten um 2,8 v. H. stattgefunden. Während im Jahre 1913/14 kaum ein Fünftel der Schüler zu den Ungelernten zählte, ist die Zahl derselben im Berichtsjahre auf ein Drittel gestiegen. Es muß durch umfassende Berufsberatung alles geschehen, um die jungen Leute wieder der gelernten Arbeit zuzuführen.

Kaufmännische Nachklassen

bestanden an folgenden Schulen: Biebrich, Biedenkopf, Dillenburg, Eltville, Herborn, Höhr, Bad Homburg, Montabaur, Nassau, Oberursel, Müßelsheim, Schwanheim, Weilburg, und zwar mit je einer Klasse mit Ausnahme von Bad Homburg und Biebrich, wo drei Klassen bestanden.

III. Einfluß des Krieges auf die Schulen.

1. Lehrpersonal.

Außer dem Hauptamtlichen Stützlehrer Frankenstein an der gewerblichen Fortbildungsschule in Limburg, der in französische Gefangenschaft geraten ist, standen im Berichtsjahre 108 nebenamtliche Lehrer im Heeresdienst. Für diese konnte nur teilweise Vertretung beschafft werden, während an 15 Schulen, wie aus der statistischen Uebersicht hervorgeht, der Unterricht mangels Lehrer entweder ganz oder teilweise ausgesetzt werden mußte.

Die Schwierigkeiten der Verwaltung, um bei dem vielfachen Wechsel der Lehrer und den Einberufungen den Unterrichtsbetrieb einigermaßen in Ordnung halten zu können, sind im Berichtsjahre gegenüber dem Vorjahre noch gewachsen.

Im Berichtsjahre haben nachgeannte Lehrer den Heldentod für das Vaterland erlitten oder sind an einer im Felde sich zugezogenen Krankheit gestorben:

Leutnant d. R. Lehrer Karl Schmidt, Hahnstätten;
Unterrichtlicher Lehrer Hugo Jech, Biedenkopf;
Maschinenlehrer Rud. Steinen, Biebrich.
Ehre ihrem Andenken!

Mit dem Eisernen Kreuz 2. Klasse wurden ausgezeichnet:

Hautechniker Herm. Schrödt, Gronberg;
Unterrichtlicher Lehrer H. Frankenbach, Neuenhain;
Unterrichtlicher Meister Fr. Gäßl, Biesbaden;
Architekt Ph. Wildhardt, Rimbach;
Feldmagazininspektor, Stellvertreter Lehrer Borig, Krißel.
Unterrichtlicher Joh. Wilh. Müller, Schwanheim;
Landeswegemeister Otto Gagner, Merenberg.

2. Aussetzung und Einschränkung des Unterrichtsbetriebes.

Der Mangel an geeigneten Lehrkräften bedingte an 13 Schulen die gänzliche Aussetzung des Unterrichts während des ganzen Jahres, in 7 weiteren Schulen auf eine kürzere Zeit, während in 10 Schulen der Rechenunterricht und in 3 Schulen der übrige Unterricht während des ganzen Jahres ausgesetzt werden mußte. An mehreren Schulen mußte die Unterrichtszeit aus Mangel an Lehrern eine Einschränkung erfahren, während in anderen Schulen die Einschränkung des Unterrichts mit Rücksicht auf die Not an Arbeitskräften erfolgen mußte. Die Not an Arbeitskräften bedingte ferner eine weitgehende Beurlaubung von Schülern, die sich mancherorts auf einen längeren Zeitraum erstreckte, so daß eine Zusammenlegung von Klassen in weitgehendem Umfange zu erfolgen hatte. Daher kommt es auch, daß trotz Zunahme der Schülerzahl gegenüber dem Vorjahre sich die Zahl der Klassen sowohl im Reichs- wie auch ganz besonders im übrigen Unterricht nicht unerheblich vermindert hat. Daraus ist auch die Verminderung in der Zahl der erteilten Wochenstunden teilweise zurückzuführen; aber darüber hinaus wurde in einigen Schulen zu einer weiteren Verminderung der Wochenstundenzahl für einzelne Klassen gezwungen, um der zunehmenden Arbeitsnot Rechnung zu tragen.

3. Der Schulbesuch und Lage der Unterrichtszeit.

Die in der Munitionsindustrie beschäftigten Schulpflichtigen waren für die Dauer dieser Beschäftigung auf Anforderung vom Schulbesuch befreit, soweit die Unterrichtszeit innerhalb der Arbeitszeit lag. Es sei jedoch zum Ausdruck gebracht, daß manche Firmen von diesem Rechte keinen Gebrauch gemacht haben im Interesse der beruflichen Ausbildung des gewerblichen Nachwuchses. Für die übrige Rüstungsindustrie mußten viele Schüler mit Befreiung beurlaubt werden. Da mehr und mehr die gewerblichen Betriebe fast ausschließlich mit der Erledigung von Aufträgen für die Heeresausrüstung unmittelbar oder mittelbar beschäftigt sind, so häuften sich die Besuche um Beurlaubungen mancherorts sehr stark, und es war außerordentlich schwer, die Berechnung der Besuche zu präzisieren. Die eingehende Präzisierung war oft notwendig, um unberechtigten Forderungen mit Nachdruck zu begegnen und den Bestand der Schulen nicht zu gefährden.

Um den Gewerbetreibenden Rechnung zu tragen und den Schulpflichtigen die Teilnahme am Unterricht zu ermöglichen, wurde die Unterrichtszeit mancherorts möglichst außerhalb der Arbeitszeit gelegt. Diese Maßnahme verschlechterte den Unterrichtserfolg wesentlich, förderte aber andererseits häufig nicht den Schulbesuch in dem gewollten Maße, indem die Schüler in solchen Fällen von sich aus jeden Anlaß benutzten, dem Unterricht am späten Abend fernzubleiben. Feststellungen haben ergeben, daß junge Mädchen von 11 Jahren von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr oder 7 Uhr abends täglich arbeiten mußten, werden dabei häufig noch zu Überstunden herangezogen und sollen dann von 7 bis 9 Uhr abends noch den Unterricht besuchen. Bis sie an den Schultagen zum Abendessen kommen, wird es bereits 10 Uhr. Es ist begreiflich, daß unter solchen Umständen die Schulkinder nicht genährt und die Unterrichtsarbeit nicht gefördert wird. Erfreulicherweise sind dies vereinzelt Ausnahmen, die auch bekämpft wurden. Im allgemeinen war die Lage der Unterrichtszeit gegenüber den letzten Friedensjahren nicht verschlechtert.

IV. Arbeit der Schulen in der Kriegsfürsorge.

1. Der Unterricht für Verwundete und Kriegsbeschädigte

wurde im Berichtsjahre an einzelnen Schulen fortgesetzt, insbesondere auch an der Abteilung Verwundetenheile der gewerblichen Fortbildungsschule Limburg. Hierüber kann auf den Bericht vom Vorjahr verwiesen werden. Das Bedürfnis hat aber nachgelassen und die Einrichtungen wurden teilweise aufgehoben.

2. Kurse für Frauen und Töchter von im Kriegsdienste stehenden Gewerbetreibenden zur Einführung in Geschäftsführung und Buchführung.

Im Berichtsjahre fanden an nachverzeichneten Schulen Kurse statt:

Biebrich	2 Kurse mit zus. 60 Teilnehmerinnen
Gronberg	1 Kursus „ „ 51 „
Dillenburg	1 „ „ „ 15 „
Elstville	1 „ „ „ 20 „
Höhr	1 „ „ „ 25 „
Oberursel	1 „ „ „ 28 „
Müßelsheim	1 „ „ „ 23 „
(außerdem)	1 „ für Stenographie)
St. Goarshausen	1 „ mit zus. 34 Teilnehmerinnen

Die Durchführung der Kurse geschah nach den gleichen Gesichtspunkten wie im vorigen Jahr, und es kann daher auf die Ausführungen im vorläufigen Bericht verwiesen werden. An den Kursen nahmen mancherorts auch Lazarettinsassen teil.

3. Beteiligung der Schulen

an der VII. und VIII. Kriegsanleihe.

Auch für die VII. und VIII. Kriegsanleihe erging an die Schulen eine Aufforderung zur Errichtung einer Kleinzeichnungsskizze für die Schüler, der nach Möglichkeit entsprochen wurde. Das Ergebnis war folgendes:

Für die VII. Kriegsanleihe wurden nach den eingegangenen Berichten von 17 Schulen 3941 M. gezeichnet und außerdem 200 M. Kriegsanleiheversicherung abgeschlossen, während für die VIII. Kriegsanleihe von 10 Schulen 11 858 M. gezeichnet wurden.

V. Unterhaltung der Schulen.

Die Uebersicht über das Rechnungsergebnis für das Rechnungsjahr 1917 und der Voranschlag für 1918 ist am Schlusse des Berichts zu finden. In den Summen sind die Kosten für die Schulen nicht einbezogen; diese erforderten einen

Aufwand von 11 062 M., wovon 2765 M. aus Staatsmitteln gedeckt wurden.

Für das Rechnungsjahr 1917 gestaltete sich das Beitragsverhältnis folgendermaßen:

1. Zuschuß des Staates	46,8 v. H.
2. Zuschüsse der Gemeinden	88,8 „ „
3. Zuschüsse der Volksgewerbevereine, der Zentralkasse, des Bezirksverbands und der Kreise	14,9 „ „

VI. Besondere Einrichtungen des Gewerbevereins für Nassau zur Förderung der Schulen.

1. Die gewerblich-technische Bücherei und Vorbildersammlung des Gewerbevereins für Nassau in Wiesbaden mit einer besonderen Abteilung für gewerblichen Unterricht steht sämtlichen Schulen und deren Lehrern unentgeltlich zur Verfügung. Wo in einer Schule geeignete Unterlagen für den Unterricht fehlen, können die Lehrer solche teilweise sich aus dieser Bücherei verschaffen. Von dieser Einrichtung wird wohl zu wenig Gebrauch gemacht. Es genügt Postkarte mit Angabe des Unterrichtsfaches, des Gewerbes und der Unterrichtsstufe, für welche Unterlagen oder Werke gewünscht werden.

2. Sammlung von Lehrmitteln für gewerbliche Schulen. Es werden von brauchbaren Lehrmitteln, welche die Schulen selbst zu beschaffen hatten, immer Vorräte auf Lager gehalten zur Abgabe an die Schulen, um ihnen die Anschaffung zu erleichtern, da den Schulen häufig geeignete Lehrmittel nicht bekannt sind. Es wird ein Verzeichnis brauchbarer Lehrmittel für den gesamten gewerblichen Unterricht fortlaufend geführt, und neu erschienene Lehrmittel werden im Nass. Gewerbeblatt veröffentlicht.

3. Das Nassauische Gewerbeblatt ist zugleich Amtsblatt für die gewerblichen Schulen des Bezirks und ihre Verwaltung; es enthält alle notwendigen Veröffentlichungen für das gewerbliche Unterrichtswesen. Das Blatt wird dem Leiter jeder Schule durch die Post zugestellt.

4. Die Geschäftsstelle des Zentralvorstands des Gewerbevereins für Nassau beschafft sämtliche für die örtliche Verwaltung der gewerblichen Schulen erforderlichen Vordrucke, Listen, Zeugnisse usw. und gibt diese an die Schulen zum Selbstkostenpreise ab.

VII. Schulaufsicht und Stand der Schulen.

Durch den Berichtshatter wurden im Berichtsjahr 73 Schulen einer Prüfung oder Besichtigung unterzogen; gemeinsam mit Herrn Regierungs- und Gewerbeinspektor Prof. Dr. Müller fanden 16 Besichtigungen statt. Außerdem waren 57 weitere Besuche an Schulen notwendig, um Besprechungen abzuhalten, oder Schwierigkeiten zu beseitigen.

Bei dem eingeschränkten Unterrichtsbetrieb, dem unregelmäßigen Schulbesuch und der vielfach verschlechterten Lage der Unterrichtszeit ist es naturgemäß, daß die Leistungen der Schulen zurückgehen. Auch die Lücken in der Vorbildung durch die Volksschule, die unter den gleichen Schwierigkeiten zu leiden hat, machen sich mehr und mehr fühlbar. Dazu kommt der oft starke Wechsel der Lehrkräfte, der Mangel an Ausbildungskursen für die nebenamtlichen Lehrer seit vier Jahren, der Mangel an größeren Konferenzen zur eingehenden Besprechung von Unterrichtssachen, deren Abhaltung bei den schlechten Verkehrsverhältnissen und der starken Inanspruchnahme der Lehrkräfte im Dienste und in der Kriegsfürsorge nicht möglich ist, so daß nach und nach eine Verflachung des Unterrichts vielfach eingetreten ist, die bisher nicht aufzuhalten war. Aber in der Kriegszeit liegt vielerorts das Schwergewicht in der erzieherischen Aufgabe der gewerblichen Fortbildungsschule, und auf diesem Gebiete haben alle Schulen mit gutem Erfolg gearbeitet. Die Lehrerschaft tat, was in ihren Kräften stand, um in schwerer Zeit der gewerblichen Jugend Führer zu sein.

VIII. Jugendpflege.

Im Berichtsjahre sind weitere 8 Schulen dazu übergegangen, die Übungen zur militärischen Vorbereitung der Jugend als Pflichtunterrichtsfach in den Lehrplan der Schule für die über 10 Jahre alten Schüler für die Dauer des Krieges aufzunehmen, so daß jetzt an 45 Schulen die Schulpflichtigen diesen Beschluß herbeigeführt haben. Für die jüngeren Schüler wurde gleichzeitig an vier Schulen Turnen zum Pflichtunterrichtsfach erhoben. Im übrigen bestanden neben der militärischen Jugendvorbereitung keine Einrichtungen für Jugendpflege.

(Schluß folgt)

Aus den Verhandlungen des Deutschen Handwerks- u. Gewerbekammertages vom 29.—31. Mai 1918 in Hannover.

In den Tagen vom 29. bis 31. Mai d. J. fanden in Hannover wichtige Beratungen des Deutschen Handwerks- und Gewerbekammertages statt. Am 29. Mai wurde mit der Vertretung des Bundes der Bezugsvereinigungen über die Frage der Rohstoffversorgung des Handwerks für die Uebergangswirtschaft verhandelt. Hierbei wurde die am 16. März d. J. beschlossene Vereinbarung über die einheitliche Durchführung der Rohstoffversorgung durch die Bezugsvereinigungen aufgehoben. Es wurde beschlossen, eine neue Vereinbarung zu treffen, die tatsächlich ein Zusammenwirken zwischen den geschäftlichen Berufsvertretungen des Handwerks mit seinen Fachorganisationen in Anlehnung an die in Aussicht genommenen Reichswirtschaftsstellen — und zwar gesondert nach den einzelnen Rohstoffen — gewährleistet. Die Einzelheiten der neuen Vereinbarung werden in gemeinsamer Verhandlung festgestellt werden.

Die am 30. Mai d. J. tagende Kommission für Gewerberecht befaßte sich in Vorbereitung der Beschlüsse der für den 31. Mai anberaumten Sitzung des geschäftsführenden Ausschusses mit folgenden Beratungsgegenständen:

1. Arbeitsvermittlung und Demobilmachung.
2. Abänderung der Reichsgewerbeordnung zugunsten von ungelerten Kriegsteilnehmern und Kriegsbeschädigten, die in ein Handwerk eintreten wollen.
3. Arbeitskammergesetzentwurf, außerdem
4. mit einem Antrag der Handwerkskammer Münster, betreffend Einführung von Handwerkerregistern.

Der geschäftsführende Ausschuss verhandelte zunächst am 31. Mai d. J. über die Rohstoffversorgung des Handwerks. Er nahm von dem Bericht des geschäftsführenden Beamten des Kammertages Kenntnis über die Grundsätze, die dem Reichswirtschaftsamt vorzulegen sind, und beschloß, zunächst die Entscheidung über die einzuschlagenden Wege zurückzustellen, bis Verhandlungen über diese Grundsätze für die Rohstoffversorgung im Reichswirtschaftsamt stattgefunden haben. Eine endgültige Festlegung soll erfolgen, nachdem dem Ausschuss schriftlich Vorlage von dem dem Reichswirtschaftsamt zu erhaltenden Gutachten gemacht worden ist. Der Ausschuss hält daran fest, daß möglichst eine einheitliche Stellungnahme einschließlich der süddeutschen Kammer zu erstreben ist.

Über die Arbeitsvermittlung und Demobilmachung berichtet die Gewerbekammer Hamburg. Sie legt den Entwurf einer Entschließung vor, der folgenden Wortlaut hat und die Zustimmung des geschäftsführenden Ausschusses fand:

„Im Hinblick auf die bei der Demobilmachung zu lösenden Aufgaben auf dem Gebiete des Arbeitsmarktes ist eine Zusammenarbeit der Arbeitsnachweise der Innungen mit den öffentlichen Arbeitsnachweisen erforderlich.“

Dabei sind leistungsfähige Arbeitsnachweise der Innungen nach Möglichkeit selbstständig zu erhalten, nicht leistungsfähige Arbeitsnachweise der Innungen an die öffentlichen Arbeitsnachweise anzugliedern. Die Mitwirkung der Innungen bei der Verwaltung der Arbeitsnachweise kann je nach den örtlichen Verhältnissen in verschiedenen Formen vor sich gehen.

Die Handwerkskammer Breslau, die im Reichsausschuss für Kriegsbeschädigtenfürsorge die Vertretung für die Frage der Abänderung der Reichsgewerbeordnung zugunsten der Kriegsbeschädigten und

Kriegsteilnehmer, die in ein Handwerk eintreten wollen, für den Kammertag übernommen hat, berichtete über die bisherigen Verhandlungen in Berlin und gab Kenntnis von der Stellungnahme der Kammer in dieser Frage. Der gefasste Beschlus enthält die Grundsätze, nach denen Beschlüsse zur Abänderung einzelner Bestimmungen der Gewerbeordnung zu fassen wären, zur Erleichterung des Eintritts Kriegsbeschädigter ins Handwerk.

Über den Entwurf des Arbeitskammergesetzes berichtete die Geschäftsstelle. Es wurde beschlossen, in persönlicher Zuhilnahme mit verschiedenen Abgeordneten des Reichstages die Bedenken zur Geltung zu bringen, die der Kammertag gegenüber der Befugung und den Aufgaben der Arbeitskammern zu äußern hat. Mit diesen Verhandlungen wurden die Herren Syndikus Budjahn und Dr. Meusch beauftragt.

Der Rhein-Mainische Verband für Volksbildung

veranstaltet in den Tagen vom 11. bis 21. August 1918 in der Stadt Schlachten seine jährliche Volksakademie.

Der Verlauf der bisher während des Krieges veranstalteten Akademien, welche vom 2. bis 15. Oktober 1916 in Diez an der Lahn und vom 16. bis 23. September 1917 in Heppenheim an der Bergstraße stattfanden, ihr überaus zahlreicher Besuch und die ausgezeichneten Ergebnisse ihrer Arbeit ermutigen die Verbandsleitung, trotz der durch den Krieg verursachten mannigfaltigen Schwierigkeiten und Hemmnissen, wiederum dem offenbar vorhandenen Bedürfnis entgegenzukommen und im ersten Monate des fünften Kriegsjahres die dafür in Betracht kommenden Kreise zu gemeinsamer Arbeit zusammenzubitten.

Die große Teilnahme, welche einem Vortrag über „Deutschlands Weltlage“ von allen Besuchern der Akademie in Heppenheim entgegengebracht wurde und die Ueberzeugung, daß auf diesen Punkt in der Schicksalsstunde des Deutschen Reiches gar nicht oft und eindringlich genug hingewiesen werden kann, veranlaßte die Verbandsleitung, als einen der Hauptgegenstände der diesjährigen Akademie die „Politische und wirtschaftliche Erdkunde“ zu wählen. Einer der besten Sachkenner, Dr. Paul Rohrbach, Berlin, hat sich bereitfinden lassen, eine Reihe von fünf Doppelvorträgen über den Gegenstand zu übernehmen. Andere Vorträge über „Rohstoffversorgung in und nach dem Kriege“ und über „Uebergangswirtschaft“ sollen die Vortragsreihe ergänzen. Bei diesen Vorträgen wird schon Gelegenheit geboten sein, eine Anzahl von Fragen der „Kriegswirtschaft“, welche zur Zeit im Vordergrund des Interesses stehen, zu behandeln. Einige andere Vorträge und Besprechungen über Kriegswirtschaftsfragen sollen sich anschließen. Besondere Berücksichtigung sollen erfahren die Fragen der Volksernährung im kommenden Wirtschaftsjahre und der Versorgung mit Faserstoffen, der ein besonderer Vortrag über die deutsche Faserstoffindustrie gewidmet sein soll.

Der Rhein-Mainische Verband für Volksbildung ist im Begriffe, eine deutsche Volkshochschule nach dem Vorbilde der dänischen Varnshochschulen in seinem Gebiete zu errichten. Der Gedanke der Volkshochschulen hat im letzten Jahre in Deutschland gewaltige Fortschritte gemacht, indessen sind die Meinungen über die zweckmäßigste Form, in der auf deutschem Boden Volkshochschulen zu errichten sind, bei den beteiligten Kreisen noch nicht genügend geklärt, wenn auch die allgemeine Meinung dahin geht, daß es unter keinen Umständen genügen kann, das nordische Vorbild einfach zu übertragen. Der Klärung der Ansichten über diesen Punkt sollen einige Vorträge über „Volkshochschulen“ dienen. In nahem Zusammenhang damit steht ein Vortrag über die „Förderung der Begabten“ und einer über „Deutsche Jugend und ihr Verhältnis zu Staat und Heimat“, welcher von dem „Bund Deutscher Gelehrter und Künstler“ der Akademie gewidmet wurde. Daran anschließend soll eine Reihe von Vorträgen und Besprechungen über „Praktische Jugendpflege“ stattfinden und über eine Anzahl anderer Volksbildungsfragen, welche besonders den anwesenden Vertretern von Volksbildungsvereinen Gelegenheit zu eingehender Aussprache und Anregung zu weiterer fruchtbarer Tätigkeit geben sollen.

Der Kreis Schlachten, welcher in diesem Jahre die Akademie gastlich aufnimmt, besitzt in dem Schlachten „Heimat-Bund“ eine Organisation, welche die Pflege der Volksbildung auf der Grund-

lage der sozialen Heimatkunde in ihrem Gebiet musterhaft eingerichtet hat. Der zwischen die beiden arbeitsreichen Wochen fallende Sonntag soll den Besuchern der Akademie Gelegenheit geben, die Wirksamkeit des Schlachten „Heimat-Bundes“ genauer kennen zu lernen und sich mit den Fragen der speziellen ländlichen Volksbildungsarbeit näher zu beschäftigen.

Mit der Akademie sollen wiederum Ausstellungen von Gegenständen und Schriften verbunden sein, die sich auf den Inhalt der Verhandlungen beziehen. Die Nachmittagsstunden und die Abende sollen bei gemeinsamen Spaziergängen und Zusammenkünften Gelegenheit zu eingehender Aussprache der Teilnehmer bieten.

Die Verpflegung der Teilnehmer geschieht wie früher in eigener Verpflegung zum Selbstkostenpreis und wird von der Zentralküchen-Kommission der Frankfurter Kriegsfürsorge dargeboten. Soweit die Teilnehmer nicht in den Gasthöfen Unterkunft finden, werden Bürgerquartiere für sie bereit gestellt. Durch diese Einrichtungen wird auch den weniger Bemittelten die Teilnahme an der Akademie ermöglicht.

Der Arbeitsplan ist so eingeteilt, daß die Verhandlung der politischen und wirtschaftlichen Erdkunde und der Kriegswirtschaftlichen Fragen die ersten fünf Tage der ersten Woche umfaßt. Der Samstag der ersten Woche ist der Besprechung der Volkshochschulfragen gewidmet. Die damit in Verbindung stehenden Fragen der Volksbildungsarbeit und die Verhandlungen über die Jugendpflege sollen die ersten drei Tage der zweiten Woche ausfüllen. Der dazwischenliegende Sonntag ist dem „Schlachten Heimat-Bund“ vorbehalten.

Der Arbeitsplan ist von der Geschäftsstelle des Rhein-Mainischen Verbandes für Volksbildung, Frankfurt a. M., Bauschlag 10 (Gerar): Danja 5363), kostenlos zu beziehen.

Der Mitteldeutsche Arbeitsnachweisverband Frankfurt a. M.

hielt am 27. April d. J. die vierte Mitgliederversammlung in Frankfurt a. M. ab. Aus der Niederschrift der Verhandlungen entnehmen wir folgendes:

Nach kurzer Begrüßung der Ehrengäste durch den Vorsitzenden, Herrn Bürgermeister Dr. Luppe-Frankfurt, erstattet der Geschäftsführer, Herr Direktor Dr. Schlotter, den Tätigkeitsbericht. Der Bericht gab ein umfassendes Bild der Tätigkeit des Verbandes bei Durchführung kriegswirtschaftlicher Maßnahmen des Volksdienstgesetzes, bei Einrichtung der Kriegswohlfahrtspflege, namentlich auf dem Gebiete der Frauenbeschäftigung und bei Vorbereitungen für die Regelung des Arbeitsmarktes für die Uebergangswirtschaft. Die Eintragung des Verbandes in das Vereinsregister wurde einstimmig beschlossen. Die Satzungen des Verbandes wurden durch eine Kommission einer Änderung unterzogen und der von dieser Kommission ausgearbeitete Satzungsentwurf wurde mit einzelnen Änderungen angenommen.

Die Wahl des Vorstandes führte zu folgendem Ergebnis:

- Herr Bürgermeister Dr. Luppe-Frankfurt 1. Vorsitzender,
Herr Geheimrat Rat Provinzialdirektor Best-Mains 2. Vorsitzender,
Herr Landesrat v. Hugo-Cassel,
Herr Geh. Rat Landrat Wächling-Wimbung a. L.,
Herr Bürgermeister Mueller-Darmstadt,
Herr Syndikus Meckmann-Mains (Arbeitsgebervertreter),
Herr Carl Schott-Frankfurt a. M. (Arbeitnehmervertreter).

Dem Beirat gehören an die Vertreter der öffentlichen Arbeitsnachweise, Vertreter der Arbeitgeber und Vertreter der Arbeitnehmer und Angehörigen.

Der Geschäftsführer erstattet am Schluß noch einen Bericht über Maßnahmen des Verbandes und der Arbeitsnachweise für die Uebergangswirtschaft.

Aus Nassau.

Der 15. Bezirks-Schmiedetag

Der Provinz Hessen-Nassau, des Großherzogtums Hessen und des Fürstentums Waldeck findet am 28. Juli, vormittags 10 Uhr, in Wiesbaden in der „Wartburg“, Schwalbacher Straße 51, statt. Auf der Tagesordnung stehen außer geschäftlichen Angelegenheiten wichtige Berufsfragen: Nationalisierung des Eisens, Stellungnahme zur Gründung von Bezugsvereinigungen, Gründung von Preisvereinigungen und Beitritt zum Reichsverband Deutscher

Schmiede-Vereinigungen. Die Tätigkeit und die Erfolge der Lieferungs-Gewerkschaften usw.

An den Verhandlungen können alle Schmiedemeister teilnehmen. Stimmberechtigt sind jedoch nur die Vertreter der dem Verbands angeschlossenen Zünfte.

Nassauische Möbelvertriebsgesellschaft.

Zur Versorgung der minderbemittelten Bevölkerung mit gutem und billigem Hausrat ist am 6. Juli eine gemeinnützige Nassauische Möbelvertriebs-Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit einem Kapital von 330 000 Mark unter Beteiligung von zwölf Gemeinden (darunter die Städte Wiesbaden und Frankfurt), acht Kreisen und der Handwerkskammer Wiesbaden gegründet worden. Die Gesellschaft bezweckt, in größerem Maßstab gute und billige Möbel herstellen zu lassen und sie unter günstigen Abzahlungsbedingungen an minderbemittelte und Mittelstandskreise abzugeben. Von der Nassauischen Landesbank ist ihr ein Betriebskapital von 1 1/2 Millionen Mark zur Verfügung gestellt worden und ein Betrag von 3 Millionen Mark, für den die Kreise und Gemeinden Bürgschaft übernehmen, um den Käufern ratenweise Abzahlung des Kaufpreises zu ermöglichen.

In den Aufsichtsrat wurden gewählt die Stadträte Dr. Landmann als Vorsitzender und E. Marx, die Stadtverordneten Lion, Ulrich und Helz, sowie Direktor Schreiber aus Frankfurt, Landesbankdirektor Geh. Rat Klau, Handwerkskammerpräsident Carstens und Nag. Baurat Grün aus Wiesbaden, Landrat v. Sibel, Dillenburg, die Bürgermeister Dr. Jengels, Langenscheidt, Schütz, Oberlahnstein. Zum Geschäftsführer wurde Herr Dr. Maier, Frankfurt, bestellt.

Die Beschaffung der Möbel selbst ist noch nicht endgültig geregelt, und wir werden nach Regelung dieser für das einschlägige Handwerk sehr wichtigen Angelegenheit auf diese zurückkommen.

Aus den Kreisverbänden.

Der Kreisverband Limburg.

Nacht am Samstag, den 1. Juli d. J., nachmittags 3 Uhr, in Limburg eine Ausschusssitzung ab in Verbindung mit einer Versammlung der Ortsstellenleiter und Vertreter für Limburger, sowie der Tapeziermeister des Kreises. Der Vorsitzende, Herr Baumeister Bröckelmann, eröffnete die Versammlung mit einem kurzen Überblick über das abgelaufene Gründungsjahr des Kreisverbands und erteilte hernach dem Geschäftsführer Dörfler das Wort für den Jahresbericht. Aus demselben ist zu entnehmen, daß die Geschäftsstelle des Kreisverbands sich alle Mühe gegeben hat, die dem Kreisverband obliegenden Aufgaben wirkungsvoll zur Durchführung zu bringen und daß auch trotz aller Schwierigkeiten es gelungen ist, zum Segen von Handwerk und Gewerbe namhafte Erfolge, besonders in der Limburger, in der Vorarbeit für die Rohstoffbeschaffung, in der Kreis- und Auskunftsverteilung und in der Vorarbeit für den jährlichen Zusammenschluß des Handwerks zu erringen. Einer Anregung des Herrn Bürgermeisters Haertel folgend, wurde beschlossen, den Bericht öffentlich bekannt zu geben. Der Vorstand hat den Bericht inzwischen im Druck erscheinen lassen.

In Vertretung der Ortsstellen in der Limburger, für das Tapezierergewerbe wurden gewählt die Herren Jol. Neuf, August Döppes und Georg Abants.

Nach dem Kassensbericht schließt die Kasse in Einnahme und Ausgabe mit 500 Mark ab. Es ist ein Sparfahrguthaben von 159.64 Mark vorhanden. Dem Rechnung wurde Entlastung erteilt. Der Voranschlag sieht einen weiteren Ausbau des Verbands vor und die Voranschlagssummen wurden genehmigt. In dem Voranschlag waren Beiträge der angeschlossenen Vereine vorgesehen. Es wurde beschlossen, sowohl an die Vereine wie auch an die Städte und Gemeinden zur Erlangung von Zuschüssen heranzutreten.

Bücherschau.

Projektionslehre. Die rechtwinklige Parallelprojektion und ihre Anwendung auf die Darstellung technischer Gebilde nebst einem Anhang über die schiefwinklige Parallelprojektion in kurzer leicht faßlicher Behandlung für Selbstunterricht und Schulgebrauch. Von A. Schudeisky, Akadem. Zeichenlehrer an der Kgl. Oberrealschule in Weiz. Mit 208 Abbildungen im

Text. (Aus Natur und Geisteswelt. Sammlung wissenschaftlich-gemeinverständlicher Darstellungen. 564. Bändchen.) (V. u. 83 S.) 8. Geh. 1.20 M., geb. 1.50 M. Feuerungszuschläge 30%. Verlag V. G. Teubner, Leipzig und Berlin 1918.

Einführung in die organische Chemie. Natürliche und künstliche Pflanzen- und Tierstoffe. Von Studienrat Dr. D. Davink. 2. vollständig umgearbeitete Auflage. Mit neun Abbildungen im Text. (IV. und 110 S.) 8. (Aus Natur und Geisteswelt. Sammlung wissenschaftlich-gemeinverständlicher Darstellungen. 187. Bändchen.) Geh. 1.20 M., geb. 1.50 M. Feuerungszuschläge 30%. Verlag V. G. Teubner, Leipzig und Berlin 1918.

Photochemie. Von Prof. Dr. G. Kummel. 2. verbesserte Auflage. Mit 23 Abbildungen im Text und auf einer Tafel. (IV. und 107 S.) 8. (Aus Natur und Geisteswelt. Sammlung wissenschaftlich-gemeinverständlicher Darstellungen. 227. Bändchen.) Geh. 1.20 M., geb. 1.50 M. Feuerungszuschläge 30%. Verlag V. G. Teubner, Leipzig und Berlin 1918.

Geschichte des deutschen Handels seit dem Ausgange des Mittelalters. Von Prof. Dr. Wilhelm Langenbeck. 2. Auflage der Geschichte des deutschen Handels. Mit 16 Tabellen. (141 S.) 8. (Aus Natur und Geisteswelt. Sammlung wissenschaftlich-gemeinverständlicher Darstellungen. 237. Bändchen.) Geh. 1.20 M., geb. 1.50 M. Feuerungszuschläge 30%. Verlag V. G. Teubner, Leipzig und Berlin 1918.

Die kaufmännische Bewertung der Vermögensmasse in der Inventur und Bilanz. Von Handelslehrer E. Döffe. Mit einem Anhang: Bilanz und Steuer. Von Oberlehrer Fr. Thiele. (VI. u. 68 S.) gr. 8. Steif geheftet 1.60 Mark. Feuerungszuschlag 30 Prozent. Verlag V. G. Teubner, Leipzig und Berlin 1918. — Die Bewertung und richtige Buchung der Vermögensmasse ist sehr schwierig, aber für jeden Handel- und Gewerbetreibenden von außerordentlicher Wichtigkeit. Wie sie vorzunehmen ist, will das vorliegende Heft zeigen, das eine durch viele Beispiele erläuterte, leicht verständliche und scharf gegliederte Darstellung der Vermögensmasse in der Inventur und Bilanz nebst einer Zusammenfassung der einschlägigen gesetzlichen Vorschriften gibt. Der Anhang enthält eine Uebersicht über die verschiedenen Steuern, zu denen die Handelsbetriebe herangezogen werden können und zeigt ihre Berechnung auf Grund der Bilanz.

Neuerwerbungen für die Bücherei und Vorbildersammlung des Gewerbevereins für Nassau.

B. Architektur- und Ingenieurwesen.

Arbahn-Kenilinger, Dr.-Ing. Ermittlung der billigsten Betriebskraft für Fabriken. 2. Aufl. 1918. (Nr. 767.)

Taylor-Ballrich. Die Betriebsleitung. 3. Aufl. 1917. (Nr. 768.)

Schmittheuer, Paul. Die Gartenstadt Staaken. 1917. (Nr. 769.)

Beiträge zur Geschichte der Technik und Industrie. Jahrbuch des Vereins Deutscher Ingenieure, herausgegeben von Conrad Ratfisch. 5., 6. und 7. Band. 1913, 1914/15, 1917. (Nr. 770 I/III.)

Jmelman, J. A. Zeitgemäße Ingenieurausbildung, zugleich Leitfaden für sämtliche Studierende des Maschinenbaues und der Elektrotechnik. 1918. (Nr. 771.)

Deutsche Technik. Zeitschrift für den deutschen Auslandstechnik- u. Architekt, Bauingenieur, Chemiker, Hüttenmann, Maschineningenieur usw. 7. Jahrgang 1917. (Nr. 772 I.)

Ch. Chemische Gewerbe.

Davink, B. Einführung in die organische Chemie. 2. Aufl. 1918. (Natürliche und künstliche Pflanzen- und Tierstoffe.) (Nr. 286 b.)

G. Graphische Gewerbe und Künste.

Kummel, G. Photochemie. 2. Aufl. 1918. (Nr. 77.)

H. Holzbearbeitung.

Kausch, Wilh. Der Stellmacher. Ausführliche Beschreibung aller in der Stellmacherei und beim Bau von Last-, Möbel-, Wohn-, Handels- und Industriewagen vorkommenden Arbeiten usw. Textband und Atlas. 5. Aufl. 1909. (Nr. 280 I/II.)

K. Bekleidungsgewerbe.

Ostenberg, Ernst J. Organisation im Fußdetailgeschäft. Ratgeber zum Gebrauch für Fußgeschäfte usw. (Nr. 119.)

Die Meisterprüfung in der Fußbranche. Was die Meisterin der Fußbranche wissen muß. 5. Aufl. (Nr. 120.)

Sz. Soziales.

Langenbeck, W. Geschichte des deutschen Handels seit dem Ausgange des Mittelalters. 2. Aufl. 1918. (Nr. 871.)

Deutsches Reichsgesetzbuch. 5. Nachtrag. Krieg 1917 II. (Nr. 497 XIV.)

U. I. Unterricht (Bücher).

Schudeisky, A. Projektionslehre. Die rechtwinklige Parallelprojektion und ihre Anwendung auf die Darstellung technischer Gebilde usw. 1918. (Nr. 624.)

Savemann, C. Sammlung von Rechenaufgaben für Maschinenbauer, Schlosser, Mechaniker usw. der Fortbildungsschulen. 1905. (Nr. 625.)

Wohlberet, W. Die einfache, die doppelte und die amerikanische Buchführung zum Selbstunterricht. 1918. (Nr. 626.)

Deisen, M. Einheits-Stenographie (Stolze-Schrey). Methodisches, leicht faßliches Lehrbuch zum Selbstunterricht. 1918. (Nr. 627.)

V. Verschiedenes.

Pichmann, W. Was ist Geld? 1918. (Nr. 322.)

Lieferungsgenossenschaft für das Metallgewerbe

E. G. m. H., Wiesbaden.

Vermögen.	Bilanz pro 31. Dezember 1917.	Schulden.	
Kassenbestand	1 593.86	Geschäftsanteile	12 525.—
Bankguthaben inkl. Zinsen	3 230.83	Bankschulden inkl. Zinsen	
Wertpapiere	889.50	31. Dezember 1917	122 303.16
Geschäftsausgaben k. Vor-		Schulden an Lieferanten	9 281.21
schuß-Verein	500.—	Schulden an Mitglieder	356 378.03
Rohmaterial	183 201.93	Schulden an Hauptstelle	175 124.52
Fertige Munition	144 897.91	Schulden für Verwaltungsbetrag	15 474.10
Ausstände an Mitglieder	202 7.01	Schulden f. Garantiezahlung inkl. Zinsen	727.80
Ausstände für ge. Arbeiten	9 408.17	Darlehen nebst Zinsen bis 31. Dezember 1917	50 198.85
Ausstände an Hauptstelle		Schulden an Abtlg. B.	10 000.—
Berlin	382 025.75	Reingewinn	9 011.99
Lehren	1.—		
Emballagen	1.—		
Forderung an Abtlg. B	10 000.—		
	761 024.66		761 024.66

Die Postsummen betragen: M 18 303.-
Die Mitglieberzahl betrug am 31. Dezember 1917: 62
Zugang für 1917: 13
Abgang für 1917: 2

Wiesbaden, 22. Juli 1918.

Für den Vorstand:

gez.: Ratfisch, R. H. H.

Anzeigen

im Nassauischen Gewerbeblatt

haben Erfolg!



Sämtliche
Drucksachen

liefert in jeder
Ausführung zu
mäßig. Preisen
in kurzer Frist

Hermann Rauch

Buchdrucker des
Nass. Gewerbeblatt
Wiesbaden
Fernruf
636

